



## Tom Koenigs

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227 73335  
Fax: 030-227 76147  
Mail: [tom.koenigs@bundestag.de](mailto:tom.koenigs@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Liebigstraße 83  
35392 Gießen  
Tel.: 0641-6868 1177  
Fax: 0641-6868 1179  
Mail: [tom.koenigs@wk.bundestag.de](mailto:tom.koenigs@wk.bundestag.de)

Berlin, 28.02.2011

## Reisebericht: Besuch bei FRONTEX Warschau 17./18.02.2011

Im Rahmen einer Einzeldienstreise besuchte Tom Koenigs, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, am 17. und 18. Februar 2011 die Zentrale der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX in Warschau.

Im Mittelpunkt des Besuches stand ein ausführliches Gespräch mit **Iikka Laitinen**, Exekutiv-Direktor von FRONTEX.

### Griechisch-türkische Grenze

Iikka Laitinen bestätigte ohne Umschweife und in deutlichen Worten, dass die Situation für Asylsuchende in Griechenland und die Lage an der griechisch-türkischen Grenze extrem schwierig sei („very frustrating situation“). Neuankömmlinge würden in Griechenland in Haft genommen und die Haftbedingungen seien schrecklich („awful“). Im Grenzgebiet fehle jegliche humanitäre Unterstützung. Dabei wäre es keine Schwierigkeit, ein System der humanitären Erstversorgung einzurichten. Die Frage sei, warum dies von Seiten der griechischen Behörden nicht geschehe.

Die FRONTEX-Zentrale in Warschau und er persönlich erhalte sehr viele Berichte und Beschwerden von FRONTEX-Mitarbeitern vor Ort an der griechisch-türkischen Grenze. Damit habe er überhaupt kein Problem. Die Berichte würden an die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten weitergeleitet.

FRONTEX habe keine exekutive Gewalt auf dem Gebiet einzelner Mitgliedstaaten.

Auch die RABIT-Operation an der griechisch-türkischen Grenze stehe unter dem Kommando der griechischen Polizei.



Angesprochen auf die eklatanten Probleme nach dem Aufgriff von Personen an der Grenze (erhebliche Verständigungsschwierigkeiten und kaum Dolmetscher, Probleme bei der Feststellung des Alters und der Nationalität der Ankommenden, Erkennen elementarer Bedürfnisse der medizinischen Versorgung, Identifizierung potentiell schutzbedürftiger Personen, usw.) bestätigte Ilkka Laitinen all diese Probleme. Die Mitgliedstaaten sollten UNHCR eine größere Rolle beim „screening“ und der humanitären Versorgung einräumen. FRONTEX selbst habe in diesen Bereichen derzeit kein Mandat, helfe aber bei der Feststellung der Nationalität der Ankommenden. Man brauche eine bessere Unterbringung dieser Personen und bessere Räumlichkeiten.

Zur humanitären Krise in Griechenland und den Möglichkeiten, diese zu beenden, verwies Laitinen darauf, Griechenland habe inzwischen schöne Pläne entwickelt, es fehle aber der (politische) Wille sie umzusetzen. Er frage sich auch, warum die anderen Schengen-Staaten nicht früher reagiert hätten. Griechenland würde die derzeitige Situation ausnutzen. Für die Zukunft sei eine bessere Zusammenarbeit mit der Türkei notwendig. Dagegen gäbe es aber in Griechenland (aufgrund des alten ungelösten Grenzkonflikts mit der Türkei und großem Misstrauens) erhebliche Vorbehalte.

## **Lampedusa**

Die Situation in Italien sei anders als in Griechenland. Italien sei von der Ausrüstung und Stärke seiner Grenzschützer durchaus in der Lage, seine Grenzen selbst zu schützen; es gäbe dort ausreichend Schiffe und Flugzeuge. Auch gäbe es auf Lampedusa die Infrastruktur zur Aufnahme und Unterbringung von Ankommenden. Im Jahre 2006 (als größere Zahlen von Bootsflüchtlingen die Insel erreichten) gab es dort ein gutes Aufnahmesystem unter Einbeziehung von UNHCR und NGO's.

Die Menschen, die in den vergangenen Wochen nach Lampedusa gekommen seien, seien hauptsächlich junge Männer aus Tunesien, die in den EU-Staaten arbeiten wollten. Obwohl bisher keiner der Neuangekommenen ausdrücklich seine Schutzbedürftigkeit zum Ausdruck gebracht habe, müsse ein „screening“ stattfinden, um potentiell Schutzbedürftige (auch aus anderen Staaten Afrikas) identifizieren zu können.

Die FRONTEX-Mission auf Lampedusa werde wesentlich kleiner ausfallen als die Operation an der griechisch-türkischen Grenze. Gedacht ist an ca. 20 Personen, die hauptsächlich als „back-up“ zur Verfügung stehen, insbesondere beim „screening“, sich aber beispielsweise nicht nach Patrouillen beteiligen werden.

Italien habe Europa um erhebliche finanzielle Mittel gebeten, nicht aber um einen FRONTEX-Einsatz. Erst auf europäischen Druck habe Italien FRONTEX angefordert. Die ersten Mitarbeiter seien bereits vor Ort; die entsprechende Vereinbarung mit Italien werde am 19.02. 2011 in Rom finalisiert.



## **Zukunft von FRONTEX in einem europäischen Grenzschutzsystem**

Alle an der RABIT-Operation beteiligten Beamten haben eine Kopie eines kurzen Code of Conduct. FRONTEX erarbeitet derzeit eine umfassendere „fundamental rights strategy“, um die Verantwortlichkeiten und Handlungsmodalitäten bei Einsätzen in humanitären Krisensituationen festzuschreiben. Daneben seien die konsistente Weiterentwicklung von „best practices“, Training und „capacity building“ notwendig. Dabei sehe FRONTEX in UNHCR einen engen Kooperationspartner. Die Ergebnisse seien aber für die Öffentlichkeit noch nicht ausreichend sichtbar.

Es sei keine Option vor den Problemen davonzulaufen. Ohne FRONTEX sei die Lage schlechter als bei einer FRONTEX-Beteiligung. Man müsse die Arbeit so gut machen wie man eben könne.

Auch in der Zukunft läge die Hauptverantwortung für die Grenzsicherung bei den einzelnen Mitgliedstaaten, die in diesem Bereich auf ihre Souveränität pochen würden. Staaten hätten jeweils eigene Grenzinteressen, nicht nur gesamteuropäische. Die Möglichkeiten, in Krisensituationen schneller reagieren zu können, müssten ausgebaut werden. Das Fehlen eines europäischen Asylsystems erweise sich hier als Bremse. Auch stelle sich die Frage, wer beim Heraufziehen einer Krise die Alarmglocken läute. Hier sei die EU-Kommission gefordert.

Laitinen äußerte große Erwartungen in das kürzlich gegründete Europäische Asylunterstützungsbüro (mit Sitz in Malta). Er begrüßte auch die neue Frontex-Verordnung, die derzeit im europäischen Rahmen beraten werde. Diese würde FRONTEX die Möglichkeit geben, angrenzende Drittstaaten, die für die EU die Drecksarbeit machen sollen („do their dirty work“), finanziell zu unterstützen. Außerdem könne FRONTEX wesentlich mehr leisten bei der Bekämpfung von Schleppern, wenn man Zugriff auf persönliche Daten der Polizeien erhalte.

## **Gespräch mit Michele Simone, UNHCR Senior Liaison Officer to Frontex**

Der UNHCR-Vertreter bei FRONTEX betonte, FRONTEX sei keine Agentur zur Schutzgewährung von Flüchtlingen. In den Reihen von FRONTEX gäbe es auch keinen ausgewiesenen Experten im Bereich der Menschenrechte. Es sei daher wichtig, den Aspekt des Flüchtlingsschutzes beim Training und der Weiterbildung von FRONTEX-Mitarbeitern zu verankern. Allerdings sei es nicht die Aufgabe von Grenzschutzbeamten, über Asylanträge zu entscheiden. Vielmehr gehe es darum, Verständnis zu wecken für Hinweise, dass es sich um schutzbedürftige Personen handeln könnte, damit die Frage der Schutzbedürftigkeit dann von den kompetenten zuständigen Behörden geklärt werden könne.

Wieweit der Gedanke des Flüchtlingsschutzes bei Operationen vor Ort in der Praxis angekommen ist, könne er nicht beurteilen. UNHCR habe keinen Zugang zu den eigentlichen Operationen. Es gab auch keine förmliche Anfrage an UNHCR, sich an der RABIT-Operation an der griechischen Grenze oder an deren Vorbereitung zu beteiligen. Er vermute jedoch, dass die Vorgaben der FRONTEX-Führung vor Ort nicht unbedingt ankommen würden.



## Politische Schlussfolgerungen

Europa hat mit FRONTEX erstmals Grenzangelegenheiten zur europäischen Frage gemacht. Es darf sich nicht auf den **Schutz der Grenze** beschränken; es geht auch um den **Schutz an der Grenze**.

Die Unfähigkeit Europas, sich auf gemeinsame Schutzstandards und Asylverfahren zu verständigen, sowie eine teils menschen- und völkerrechtswidrige Politik, wie sie beispielsweise durch das Abkommen zwischen Italien und Libyen symbolisiert wird, führen dazu, dass Europa zwar verantwortlich ist, sich aber als unfähig erweist.

Auch wenn die humanitäre und menschenrechtliche Verantwortung immer wieder und von allen Seiten – auch von FRONTEX – auf die Nationalstaaten verschoben wird, wird FRONTEX bei Operationen von der europäischen Öffentlichkeit als Hauptverantwortlicher wahrgenommen: zu Recht denn mit dem Einsatz von FRONTEX wird die Europäische Gemeinschaft als Ganzes und Deutschland als Teil der Europäischen Gemeinschaft verantwortlich für das Fortbestehen der menschenrechtlich untragbaren Situation an Europas Außengrenzen.

Das Mandat von FRONTEX greift also viel zu kurz. Die (legale und illegale) Migration stellt Europa offensichtlich vor weit größere Herausforderungen. FRONTEX, so wie es jetzt konzipiert ist, konzentriert sich allein auf technische und polizeiliche Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, dass jeder FRONTEX-Einsatz einhergeht mit einer humanitären Aufnahme und menschenwürdigen Unterbringung der Ankommenden und einem fairen Verfahren zur Prüfung der Schutzbedürftigkeit, das menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards genügt. Dazu ist die Zusammenarbeit mit und Finanzierung von UNHCR und den NGOs vor Ort unerlässlich.

Tom Koenigs